

Zitierhinweis

Buggeln, Marc: Rezension über: Ramona Bräü, Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besatzung (1939–1945), Berlin / Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2022, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO), 73 (2024), 4, S. 624–625, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/cfa36f46ae654a76aa6ca4e8df7dbb58>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a–63a UrhG) zulässig.

Ramona Bräu: Die Plünderung Polens. Die Reichsfinanzverwaltung in den Jahren der Besatzung (1939–1945). (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Bd. 4.) De Gruyter Oldenbourg. Berlin – Boston 2022. 484 S., Ill., Tab. ISBN 978-3-11-071793-8. (€ 69,95.)

Die Studie von Ramona Bräu entstand als Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Rahmen des Forschungsprojektes „Geschichte des Reichsfinanzministeriums in der Zeit des Nationalsozialismus“. Sie wurde als vierter Band der aus dem Projekt hervorgegangenen Reihe publiziert. Als Einstieg in ihr Buch hat B. eine kurze biografische Skizze über Alfred Spindler gewählt. Spindler leitete 1942–1945 das Oberfinanzpräsidium Weser-Ems mit Sitz in Bremen. Zuvor war er jedoch Präsident der Hauptabteilung Finanzen im Generalgouvernement gewesen, weswegen er im Dezember 1946 von den Alliierten nach Polen ausgeliefert wurde. Da er in der Untersuchungshaft verstarb, unterblieb eine umfassende Aufarbeitung seiner Rolle auch in Polen. Die Vf. demonstriert an seinem Beispiel, in welcher umfassender Weise die Ausplünderung Polens ein zentrales Element bei der völkisch-rassistischen Neuordnung Europas war. Treffend stellt sie fest, dass es zwar viele Studien zur Besatzungspolitik in Polen gebe, aber diesbezüglich bisher kaum etwas zur Rolle der Finanzen und der Finanzverwaltung geschrieben worden sei. Sie geht davon aus, dass die Finanzverwaltung bei der Plünderung eine zentrale Position einnahm und maßgeblich daran beteiligt war, Polen wie ein Kolonialgebiet auszubeuten.

Die Studie ist in fünf Kapitel unterteilt. Die ersten drei bilden den Kern der Untersuchung und umfassen je etwa einhundert Seiten. Dann folgen zwei kürzere Kapitel zur Gesamtbilanz der Plünderungen sowie zu den Gerichtsprozessen nach Kriegsende. Kap. 1 untersucht die ersten Monate der Besatzung. Mit der Wehrmacht rückten Devisenschutzkommandos ein, die für die Beschlagnahmung meldepflichtiger Vermögenswerte zuständig waren und im Wesentlichen von Zollbeamten gebildet wurden. Bis März 1940 zogen sie Werte von zwei Millionen Reichsmark ein, wobei es sich vor allem um Goldbestände handelte. Zudem stellte sich die Frage, auf welche Art und Weise im Generalgouvernement besteuert werden sollte. Die Finanzbeamten vor Ort sprachen sich für die Beibehaltung des polnischen Systems aus, das vor allem auf einer vergleichsweise einfach gestalteten Lohnsteuer mit wenigen Ermäßigungen beruhte. Das Reichsfinanzministerium bevorzugte aber eine schrittweise Übernahme des deutschen Systems. Das Auswärtige Amt blockierte diese Pläne jedoch, weil eine Einführung deutschen Rechts als unvereinbar mit der Haager Landkriegsordnung galt.

Kap. 2 behandelt dann den Übergang zu einer stärker geplanten finanzwirtschaftlichen Ausbeutung Polens, deren Basis vor allem im Frühjahr 1940 gelegt wurde. Grundlegend war dabei, dass man das besetzte Polen in zwei Territorien (in das Deutsche Reich eingegliederte Gebiete sowie das Generalgouvernement) trennte, die höchst unterschiedlich behandelt wurden. In beiden Gebieten spielte das Finanzministerium eine wichtige Rolle. In den eingegliederten Gebieten wurde das deutsche Steuerrecht schrittweise eingeführt. Doch auch hier sollte Beute gemacht werden. Dafür war vor allem die Haupttreuhandstelle Ost (HTO) zuständig, die von Hermann Göring ins Leben gerufen wurde, um den mobilen und vor allem immobilien Besitz polnischer Bürger in den eingegliederten Gebieten zu beschlagnahmen. Unter ihrem Leiter Max Winkler, der zuvor für das Propagandaministerium die Gleichschaltung der Verlagsbranche koordiniert hatte, entstand eine eigenständige Struktur, die vom Reichsfinanzministerium aufgrund ihrer vielfältigen Unternehmensausgründungen nur schwer zu durchschauen war.

Während in den eingegliederten Gebieten zumindest langfristig eine funktionierende Wirtschaft geplant war, galt das Generalgouvernement als Ausschachtungsgebiet. Generalgouverneur Hans Frank versuchte, so viele Waren wie möglich aus diesem nicht eben wohlhabenden Gebiet ins Reich zu exportieren. Gegenleistungen erhielt das Gebiet dafür nur in Form eines erhöhten Geldumlaufs.

In Kap. 3 untersucht die Vf., inwieweit die Behörden in der Besatzungszeit in der Lage waren, die selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Nachdem die Polen in den eingegliederten Gebieten entrechtet worden waren, verfügte die HTO zwar über riesige Besitztümer. Es gelang ihr jedoch nicht einmal ansatzweise, damit die anfangs versprochenen Summen für das Reich einzunehmen. Das Hauptziel der Besatzungspolitik blieb die Germanisierung des Gebietes. Deswegen erhielten volksdeutsche Siedler den vormals polnischen Grundbesitz zu Schleuderpreisen. Diese Politik war für die Kriegswirtschaft höchst dysfunktional, aber Ziel blieb es, die polnische Bevölkerung ins Generalgouvernement zu treiben und eine deutsche Mehrheit in den annektierten Gebieten herzustellen. Zudem vernichtete die Ghettoisierung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, insbesondere im Textilzentrum Lodz, erhebliche materielle Werte. Das Generalgouvernement wurde mit dem Überfall auf die Sowjetunion zu einem Etappengebiet der Wehrmacht. Produzierte Lebensmittel gingen nun oft direkt an die Truppe und nicht ins Reich. Die Ausbeutungspolitik verminderte die Wirtschaftsleistung immer weiter, auch wenn dies aufgrund des steigenden Geldumlaufs aus den entsprechenden Statistiken oft nicht ersichtlich war.

Kap. 4 trägt zwar den Titel „Versuch einer Schlussrechnung“, doch etwa zur Hälfte beschäftigt es sich nur mit der Flucht der Verwaltung vor der heranrückenden Roten Armee. Erst im zweiten Teil geht es um die Gesamtbilanz der deutschen Ausbeutungspolitik. B. gibt hier aber vor allem die Ergebnisse der polnischen Berechnungen in der Nachkriegszeit wieder. Umfassende eigene Kalkulationen aus dem deutschen Archivmaterial hat sie nicht angestellt. Sie begründet dies vor allem mit der Entwertung des Geldes durch die Inflation. Das vermag aber nur bedingt zu überzeugen, da die Inflation in messbaren Größen voranschritt und entsprechend in die Berechnungen hätte eingepreist werden können.

Insgesamt hat B. eine weitgehend überzeugende Studie vorgelegt, die den Anteil der Finanzverwaltung an der Ausplünderung und versuchten Germanisierung Polens zeigt. Auch wenn das Finanzministerium in weiten Teilen nicht die grundlegenden Linien der Besatzungspolitik festlegen konnte, waren die Finanzbeamten vor Ort doch im Wesentlichen willige Vollstrecker der völkischen Ausbeutungspolitik.

Flensburg

Marc Buggeln

Rachela Auerbach: Schriften aus dem Warschauer Ghetto. Bearb. von Karolina Szymaniak. Aus dem Poln. von Sandra Ewers. (Studien zu Holocaust und Gewaltgeschichte, Bd. 4.) Metropol Verlag, Berlin 2022. 199 S., Ill. ISBN 978-3-86331-673-0. (€ 24,-.)

„So viele Male wollte ich schon schreiben, und immer hatte ich keine Kraft. Diese Apathie, dieses Unwohlsein, diese Überzeugung, dass ich alldem nicht gewachsen bin, dass ich diese Wirklichkeit, die wir heute erleben, nicht zu beschreiben vermag. Manchmal habe ich Angst, dass diese schrecklich interessanten und an sich erschreckenden Bilder des Lebens, die wir tagein tagaus betrachten, vielleicht zusammen mit uns sterben, wie Bilder der Panik auf einem sinkenden Schiff oder von Menschen, die bei lebendigem Leib verbrenne oder begraben werden... Und wer weiß, ob auch nur ein Zeuge dieser Tragödie übrig bleibt...“ (S. 61, Hervorheb. im Orig.).

Diese Zeilen schreibt Rachela Auerbach am 20. September 1941 im Warschauer Ghetto in ihr Tagebuch. Sie formuliert eine Sorge, die viele Verfolgte und auch Überlebende umtrieb: Ob ihre Worte geeignet seien, das unfassbare Erlebte zu beschreiben und zu vermitteln. Die bange Frage am Ende, ob überhaupt jemand überleben und dies bezeugen würde, war berechtigt, wie wir wissen. A. war Mitglied des Untergrundarchivs des Warschauer Ghettos, aus dessen Reihen nur drei überlebten: Hersh und Bluma Wasser sowie A. selbst.

Es war Emanuel Ringelblum, der Gründer des Archivs, der A. bei Kriegsbeginn gebeten hatte, in Warschau zu bleiben, sie dann im Frühsommer 1941 zur Mitarbeit einlud und ihr vorschlug, den Alltag im Ghetto in einem Tagebuch zu dokumentieren. Als Nächstes